



**Prof. Dr. Friedrich Heinemann** leitet den Forschungsbereich Öffentliche Finanzwirtschaft am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hat er mit seinem Team die Teilauswertung *Außenhandelsrisiken/Brexit der Studie Länderindex Familienunternehmen* erarbeitet. Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt er deren Ergebnisse vor.

## Eine „schmutzige Scheidung“ beim Brexit trübe die kleinen Nachbarn am härtesten

Die unfreundliche Trennung Großbritanniens von der Europäischen Union würde einigen Ländern weh tun und mancher Branche wirtschaftlich schaden | Von Friedrich Heinemann

Das Szenario eines „harten Brexit“ wird immer wahrscheinlicher für die in den nächsten Jahren bevorstehende Trennung des Vereinigten Königreichs von der Europäischen Union (EU). „Harter Brexit“ bedeutet im Kern, dass Großbritannien nicht nur die EU, sondern auch den europäischen Binnenmarkt verlässt. Zumindest für eine jahrelange Übergangszeit würde der Handel mit Kontinentaleuropa dann durch ein ganzes Arsenal von Hemmnissen wie Zöllen, Zulassungsbeschränkungen oder bürokratischen Genehmigungsprozeduren belastet werden. Die Folgen in Europa unterscheiden sich allerdings stark nach Ländern und Branchen.

Besonders in Gefahr geraten kleine offene Staaten wie Belgien, Irland und die Schweiz. Besonders stark betroffene Branchen sind der Pharmasektor oder die Transportindustrie.

Angesichts des bevorstehenden EU-Austritts des Vereinigten Königreichs hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die Brexit-Verletzlichkeit von 16 EU-Staaten, der Schweiz und der USA vergleichend untersucht. Die Analyse ist eine erste Teil-Auswertung des neuen „Länderindex Familienunternehmen“, den das ZEW im

Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erstellt hat. Ausgangspunkt der Studie ist die Erkenntnis, dass eine unversöhnliche britische Verhandlungsposition den Verbleib des Landes im europäischen Binnenmarkt unmöglich machen dürfte.

Die Regierung in London will den freien Zugang von EU-Bürgern beenden und sich aus der Finanzierung des Brüsseler Haushalts zurückziehen. Freizügigkeit und Beiträge zum Budget sind jedoch Mindestbedingungen für eine Teilnahme

am Binnenmarkt. Auch Nicht-EU-Länder wie die Schweiz und Norwegen mussten beide Konditionen akzeptieren, um als EFTA-Länder den

*Eine „schmutzige Scheidung“ zwischen EU und Großbritannien würde Irland, die Schweiz und Belgien massiv treffen.*

weitgehend freien Zugang zum europäischen Markt zu erlangen. Dass die EU bei diesen Bedingungen wenig kompromissbereit ist, belegt die aktuelle Erfahrung der Schweiz. Das Schweizer Parlament musste den Wunsch des Referendums nach einer Begrenzung der EU-Zuwanderung in seiner Gesetzgebung massiv abmildern, um nicht einen Ausschluss der Schweiz aus dem Binnenmarkt zu provozieren.

Über die Folgen eines „harten Brexit“ für Großbritannien selber ist viel geschrieben worden. Auf



**Auf dem Parteitag der britischen Konservativen in Birmingham am 2. Oktober 2016 erklärte Premierministerin Theresa May ihre Bereitschaft zu einem „harten Brexit“. Das würde bedeuten, dass Großbritannien nicht nur die EU, sondern auch den europäischen Binnenmarkt verlässt. Das sollte in der EU niemand wünschen.**

das Land dürfte ein nennenswerter Wohlstandsverlust zukommen. Die starke Pfund-Abwertung seit dem Tag des Referendums hat diesen Rückgang bereits im Ansatz vorweggenommen. Die Folgen für Kontinentaleuropa sind insgesamt weniger drastisch. Diese Asymmetrie liegt in der Natur der Sache, wenn sich ein kleinerer Teil eines großen Binnenmarktes abspaltet. Der Schock durch den Handelsrückgang ist für das ausscheidende Land wesentlich größer als für den Rest.

Allerdings ist diese Aussage zu den Folgen des Brexit für den Kontinent gefährlich pauschal und verbirgt erhebliche Unterschiede nach

Land und Branche. Abbildung 1 zeigt den Index der Brexit-Betroffenheit nach Ländern, wie ihn die ZEW-Studie ermittelt. Berücksichtigt wird in diesem Index nicht nur der Anteil des britischen Marktes auf Export- und Importseite des jeweiligen Landes. Zusätzliche Berücksichtigung findet die Offenheit des Landes und die Bedeutung des Außenhandels. Das größte Risiko eines Brexit (hoher Indexwert) wird in dieser Konzeption für Länder angezeigt, die ein hohes Verhältnis von Außenhandel zum Sozialprodukt aufweisen und bei denen zudem der britische Markt als Absatz- und Beschaffungsmarkt eine nennenswerte Rolle spielt.

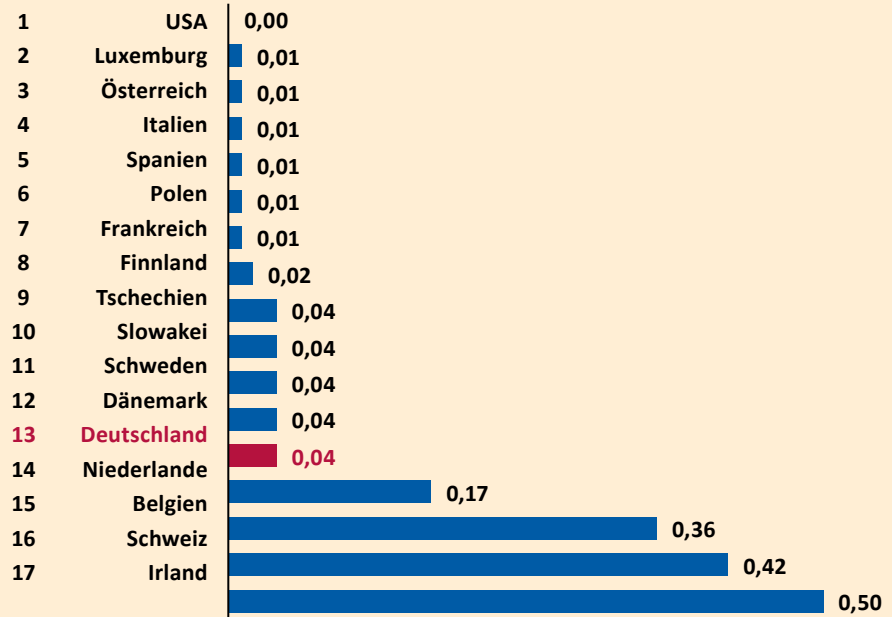
Eine „schmutzige Scheidung“ zwischen EU und Großbritannien würde demnach Irland, die Schweiz und Belgien massiv treffen, aber auch noch für die Niederlande empfindliche Nachteile mit sich bringen. Demgegenüber ist ein Land wie Deutschland nur gering und die USA, die als einziges nicht-europäisches Land in die Studie einbezogen waren, praktisch überhaupt nicht nennenswert betroffen. Die starke Betroffenheit Irlands, Belgiens und der Niederlande überrascht nicht, sind dies doch kleine und offene Länder in unmittelbarer Nachbarschaft des Vereinigten Königreichs. Ihnen droht „vor der Haustür“ die Neuaufrichtung einer EU-Außengrenze mit empfindlichen Störungen ihrer bisherigen Arbeitsteilung mit dem großen Nachbarn.

Die vergleichsweise große Betroffenheit der Schweiz mag überraschen, sie wird aber mit Blick auf die Branchenanalyse der Studie verständlich. Die Branchenanalyse verläuft in ihrer Methodik analog zur Untersuchung der Länderbetroffenheit. Erneut wird – für jede Branche – die Bedeutung des Vereinigte Königreichs als Bezugs- und Absatzmarkt betrachtet. Die Pharma- und Transportindustrie (z.B. Eisenbahnbau, Luft- und Raumfahrt) sind dieser Analyse zufolge die am stärksten vom Brexit betroffenen Branchen. Das erklärt, warum die Schweiz mit der dortigen prominenten Rolle des Pharmasektors in besonderer Weise tangiert sein wird.

Dass der Brexit aus Sicht der USA ökonomisch völlig nebensächlich ist, dürfte für Premierminis-

## Für wen ein „harter Brexit“ Nachteile hätte

Abbildung 1 Index der Brexit-Betroffenheit nach Ländern



Quelle: OECD (2016k), Berechnungen von Calculus Consult

Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2016

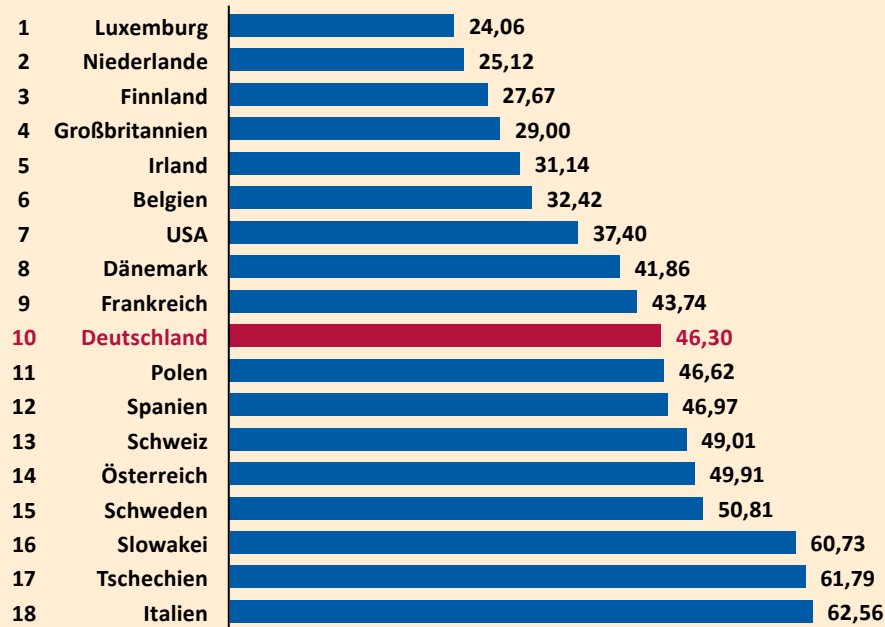
Eine „schmutzige Scheidung“ zwischen EU und Großbritannien würde Irland, die Schweiz und Belgien massiv treffen, aber auch noch für die Niederlande empfindliche Nachteile mit sich bringen.

terin Theresa May politisch keine gute Nachricht sein. Für die in ihrem Außenhandel weltweit breit diversifizierte USA spielen Schwankungen im Handel mit dem Vereinigten Königreich keine nennenswerte Rolle. Folglich besteht auch kaum ein ökonomisches Eigeninteresse Washingtons daran, seinen Einfluss in Brüssel zu nutzen, um auf einen abgefederten Brexit hinzuwirken. Dieser Befund deckt sich mit den deutlichen Signalen der Obama-Administration an die britische Regierung, dass ein US-britisches Freihandelsabkommen für Washington keinerlei Priorität habe.

Ein weiteres Länder-Resultat verdient angesichts der Diskussion um das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada besondere Aufmerksamkeit. Belgien ist ein Land, das in der Studie aufgrund seiner Offenheit und geringen Länder-Diversifikation insgesamt besondere Außenhandelsri-

# Wer den freien Handel jetzt schon bremst

**Abbildung 2** Index der Handelshemmnisse nach Ländern



Quelle: OECD (2016c), Gwartney et al. (2015b), Berechnungen von Calculus Consult  
 Infografik: MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2016

**Zu den Ländern, die für freien Handel besonders offen sind (geringer Punktwert), zählt Großbritannien; zu den Ländern, wo erhebliche Handelshemmnisse existieren (hoher Punktwert), zählt Italien.**

siken aufweist. Im Lichte dieser Befunde wäre es für Belgien eigentlich dringend geboten, seinen Handel in Richtung anderer OECD-Länder wie eben Kanada zu diversifizieren. Dass ausgerechnet dieses Land nun CETA blockiert oder sogar zum Scheitern bringt, ist absurd. Kaum ein Land benötigt Abkommen wie CETA so sehr wie Belgien. Dieser Widerspruch zeigt in Besorgnis erregender Weise, welch geringen Stellenwert ökonomische Vernunft in politischen Entscheidungen heute oftmals nur noch hat.

Ein weiterer Befund ist aufschlussreich für die vermutliche künftige Ausrichtung der EU-Handelspolitik. So hat die ZEW-Studie einen vergleichenden Indikator entwickelt, der Handelshemmnisse quantifiziert. Obwohl EU-Staaten über keinerlei autonomen Spielraum in der Zollpolitik verfügen, können sie dennoch Handel faktisch

behindern oder fördern. Protektionistisch wirkende Regulierung, eine offene oder versteckte Diskriminierung bei öffentlichen Aufträgen oder ein ausufernder Papierkrieg für grenzüberschreitende Geschäfte – mit all diesen Mitteln können Länder auch als EU-Mitgliedstaaten den Austausch von Gütern und Dienstleistungen behindern.

Abbildung 2 zeigt, welche Länder (geringer Punktwert) besonders offen sind und wo (hoher Punktwert) erhebliche Handelshemmnisse existieren. Diesem Bild zufolge ist das Vereinigte Königreich unter den großen vier EU-Mitgliedstaaten das Land, das in der eigenen administrativen Praxis die größte Freihandelsorientierung unter Beweis gestellt hat. Damit wächst nach dem Austritt der Einfluss von Ländern wie Italien, die am Ende des Ranking stehen und in der eigenen Zuständigkeit protektionistisch agieren. Vielleicht wird das weitere Abrücken der EU von Freihandelsprinzipien letztlich die ökonomisch kostspieligste Position auf der Brexit-Rechnung werden. ◆



Die Studie Länderindex Familienunternehmen, die unser Autor Friedrich Heinemann mit seinem Team am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) alle zwei Jahre im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen erarbeitet und aus der er in dem obigen Beitrag eine zentrale Erkenntnis vorstellt, können Sie als Teilauswertung Außenhandelsrisiken/Brexit von der Website der Stiftung (dort unter der Überschrift „Brexit trifft Pharma und Transportmittel“) herunterladen: [www.familienunternehmen.de](http://www.familienunternehmen.de)

